



Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

55. Sitzung (nicht öffentlich)

21. Oktober 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 Uhr bis 13.20 Uhr

Vorsitz: Bodo Champignon (SPD)

Stenograph: Otto Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuß stellt aus organisatorischen Gründen die Tagesordnung um.

1 **Gesetz über die Berufsbezeichnung der Medizinischen Sprachheilpädagoginnen und -pädagogen**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 12/2892
Vorlagen 12/2244, 12/2272

Der Ausschuß begrüßt den von der Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit vorgeschlagenen Lösungsweg für die Zukunft. In bezug auf die Altfälle bittet er die Ministerin, gemeinsam mit dem Finanzminister eine Lösung zu suchen. In absehbarer Zeit soll ein Obleutegespräch mit dem Vorsitzenden unter Hinzuziehung von Vertretern des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit und des Finanzministeriums stattfinden, in dem das weitere Verfahren mit dem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion abgestimmt und eine gemeinsame Resolution bezüglich der Altfälle formuliert werden soll.

(Diskussionsprotokoll Seite 1)

2 Krankenhausgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/3073
Vorlagen 12/2204, 12/2309

Nach einem die Vorlage 12/2309 ergänzenden Bericht der Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit tritt der Ausschuß in eine kurze allgemeine Aussprache ein und vereinbart sodann, das Krankenhausgesetz am 28. Oktober und 11. November zu beraten und am 25. November abzuschließen.

(Diskussionsprotokoll Seite 12)

3 Maßregelvollzug in NRW braucht endlich konkrete Entscheidungen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 12/2889

In Verbindung damit:

Sicherheit und Therapie im Maßregelvollzug in NRW/Dezentralisierung

Vgl. Entschließungsantrag Drucksache 12/2159 (Neudruck)

Aus Zeitgründen wird die Behandlung der obengenannten Themen auf die Sitzung am 25. November vertagt.

(Kein Diskussionsprotokoll)

4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 12/3300, 12/3400
Vorlagen 12/2223, 12/2224

Der Ausschuß tritt in die Einzelberatungen ein und behandelt das Kapitel 15 030.

(Diskussionsprotokoll Seite 21)

Vorlage eines neuen Krankenhausplans jedenfalls bräuchte das Planungsverfahren nicht geändert zu werden; denn man befinde sich keinesfalls in einem rechtsfreien Raum, in dem ein solches Verfahren nicht geregelt sei.

Die von der rot-grünen Koalition in Bonn angekündigten Schritte im Gesundheitswesen könnten, wie Herr Arentz bereits erwähnt habe, eine erhebliche Interaktion zum Krankenhausplanverfahren auslösen. Deshalb sei es notwendig, dies in die weiteren Überlegungen einzubeziehen.

Marianne Hürten (GRÜNE) erbittet für die nächste Sitzung im Zusammenhang mit den Tageskliniken und der Umwandlung von stationären in teilstationäre Einrichtungen Zahlen, die die Auffassung des Ministeriums belegten, daß man bei den Maßnahmen bleiben sollte. Ihre Fraktion habe gewisse Zweifel, daß sich die Argumentation des Ministeriums erhärten lasse.

Im Hinblick auf die Planung sei in der Anhörung eine Reihe von Kritikpunkten vorgebracht worden, beispielsweise daß die Begrifflichkeiten unklar seien, für welche Bereiche die Versorgungsgebiete gelten sollten, usw. Deshalb bitte sie darum, daß das Ministerium bis zur nächsten Sitzung überprüfe, ob nicht gewisse Konkretisierungen möglich seien.

Zu Tagesordnungspunkt 3 - Stichwort "Maßregelvollzug" - siehe Beschlusstil, Seite II.

4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 12/3300, 12/3400
Vorlagen 12/2223, 12/2224

Der **Ausschuß** tritt in die Einzelberatungen ein und behandelt das **Kapitel 15 030 - Arbeitsmarktprogramme und -maßnahmen (einschließlich EU-Förderungen)**.

Bei **Titelgruppe 72 - Ergänzende Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** - spricht **Angelika Gemkow (CDU)** im Zusammenhang mit dem Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" eine Kürzung von 30 Millionen DM an. Sie bittet zu berücksichtigen, daß dieses Programm Menschen wirklich in Arbeit gebracht habe und daß von ihm insbesondere Jugendliche,

Frauen, Aussiedler und Langzeitarbeitslose profitiert hätten. Städte, Kreise und Wohlfahrtsverbände arbeiteten sehr intensiv mit diesem Programm.

Bleibe es bei der Kürzung, verlöre man allein in Ostwestfalen 118 Arbeitsplätze aus diesem Programm. Sie sei von regionalen Beschäftigungsträgern angeschrieben worden, die große Sorge geäußert hätten, daß das Programm zusammengestrichen werde. Das veranlasse sie zu der Frage, ob schon Maßnahmen im laufenden Haushaltsjahr von der Kürzung betroffen seien.

Ihr liege ein Schreiben des MASSKS vor, in dem geäußert werde, daß man die Sorgen und Nöte der Beschäftigungsprojekte nicht ganz teile, weil die Beschäftigung von Sozialhilfempfängern auch mit anderen Programmen gefördert werde. Dazu könne sie nur anmerken, daß es Programme wie ADAPT und QUAZI immer schon gegeben habe, mit denen junge Arbeitslose gefördert worden seien. Mit einer solchen Argumentation gehe man also nicht auf die Befürchtungen der Projektträger ein.

Sie bittet zu erläutern, welche Umschichtungen vollzögen würden und wie nach den Planungen des Ministeriums die entstehenden Lücken ausgefüllt werden sollten.

Das Thema "Jugend in Arbeit" sei sicherlich populär und verkaufe sich politisch gut. Allerdings sei von der Ministerin auch anschaulich geschildert worden, daß von 10 000 Jugendlichen nur 400 in Arbeit gekommen seien. Kammern und Betriebe vor Ort hätten ihr, Gemkow, von großen Schwierigkeiten bei der Programmabwicklung, aber auch hinsichtlich der Bereitschaft der Jugendlichen berichtet, auf die Angebote einzugehen. Sie jedenfalls sei in großer Sorge, daß durch die Kürzung des Programms "Arbeit statt Sozialhilfe" Arbeitsplätze für Menschen, die anders nicht unterzubringen seien, vernichtet würden.

Wenn man die positive Bewertung des Programms "Arbeit statt Sozialhilfe" auf Seite 32 des Erläuterungsbandes lese - so **Hermann-Josef Arentz (CDU)** -, leuchte wenig ein, daß kein Programm stärker gekürzt werde als dieses. Vor diesem Hintergrund wäre er für eine Auflistung dankbar, aus der hervorgehe, wie sich die vorgesehene Streichung der Barmittel für 1999 auf das Bewilligungsvolumen 1998 - zweite Tranche - auswirke. Viele Kommunen sagten, es gebe entweder überhaupt keine zweite Tranche oder die zweite Tranche werde halbiert.

Im übrigen bitte er die Ministerin zu erläutern, wie sie zur Einlassung der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in der Zuschrift 12/2321 stehe, die sehr deutlich gemacht habe, was alles zusammenbreche, wenn es so komme, wie es das Ministerium plane. Denn man müsse auch bedenken, daß sich die Kürzung der Verpflichtungsermächtigungen auf die Folgejahre auswirke.

Auch ihre Fraktion habe allergrößte Probleme mit der Kürzung der Mittel für das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe", betont **Marianne Hürten (GRÜNE)**. Was das Programm "Jugend in Arbeit" angehe, so habe sie es ursprünglich so verstanden, daß die vom Landtag zur Verfügung gestellten Mittel im wesentlichen zur Unterstützung der Eingliederung der Jugendlichen verwandt würden und daß die Beratung, Betreuung und Begleitung der Jugendlichen

über vorhandene Kräfte abgewickelt würden. Ihr seien nun Hinweise zugegangen, daß bei den Kammern auch entsprechende Kräfte eingestellt worden seien oder noch eingestellt werden sollten, die aus den entsprechenden Landesmitteln finanziert würden. Sie bitte um Auskunft, ob dies zutreffe und, wenn ja, wie viele Mittel für diesen Zweck bereitgestellt würden.

Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport Ilse Brusis beziffert die Kürzung der Arbeitsmarktprogramme im Haushaltsentwurf für 1999 auf etwa 10 %. Daß sich hinsichtlich der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für arbeitslose Sozialhilfeempfänger eine noch drastischere Kürzung ergebe, hänge damit zusammen, daß das neue Programm "Jugend in Arbeit" aufgelegt worden sei, für das Mittel zur Verfügung gestellt werden müßten.

Sie halte es für richtig, daß man bei den langzeitarbeitslosen Jugendlichen in der Arbeitsmarktpolitik einen Schwerpunkt gesetzt habe. Sie habe sich sagen lassen, daß das neue Programm zunächst mit der Hoffnung versehen gewesen sei, dafür würden zusätzliche Mittel bereitgestellt. Diese Hoffnung habe sich angesichts der Haushaltssituation nicht erfüllt. Trotzdem bleibe sie dabei: Es sei außerordentlich wichtig, sich der jugendlichen Arbeitslosen anzunehmen. Wer schon mit 25 Jahren über ein Jahr arbeitslos sei, werde wahrscheinlich Zeit seines Lebens auf dem Arbeitsmarkt keine Chance haben, wenn nicht etwas getan werde.

Eine Kürzung der Barmittel für das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" für 1999 habe natürlich Auswirkungen auf die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen im Jahre 1998. Wie diese im einzelnen aussähen, werde sie für den Ausschuß zusammenstellen lassen. Abschließend könne sie momentan noch nicht sagen, ob diese Auswirkungen endgültig seien; denn die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik seien untereinander deckungsfähig, und man überprüfe derzeit, was in den einzelnen Arbeitsmarktprogrammen noch zur Verfügung stehe. Sie hoffe, daß das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" in diesem Jahr noch besser ausgestattet werden könne. Daß die Kürzungen insgesamt bedrückend seien, gebe sie unumwunden zu.

Die Aussage von Frau Gemkow, daß von den 10 000 Jugendlichen im Programm "Jugend in Arbeit" nur 400 vermittelt worden seien, sei so nicht richtig. Knapp 400 Jugendliche seien in dem Vorläuferprogramm "Jugend ins Handwerk" vermittelt worden. Hieran seien aber sehr viel weniger Jugendliche beteiligt gewesen, so daß insgesamt von einer erfreulichen Vermittlungsquote gesprochen werden könne. Für das Programm "Jugend in Arbeit" könne sie noch keine Vermittlungsquote nennen, weil man sich noch in der Phase befinde, in der die Berater Kontakt zu den jungen Leuten aufnahmen, was sich, wie sie höre, nicht in jedem Fall sehr einfach darstelle. Es handele sich vielfach um Jugendliche, die sehr schwer ansprechbar seien. Nicht zuletzt deswegen habe man als Berater Personen gewonnen, die auch sonst in der Jugendarbeit tätig seien. In Kürze werde man Zahlen nennen können, wie viele der 10 000 jungen Leute reagiert hätten.

In der Tat müsse man auch denjenigen Zuwendungen zuteil werden lassen, die in dem Programm mitarbeiteten. Das seien die Organisationen und Institutionen, die Beraterinnen und Berater im Rahmen des Programms abstellten. Diese erhielten pauschale Sätze für ihre Tätigkeit. Die Handwerkskammern und die Industrie- und Handelskammern bekämen Mittel für die Vermittlung von Arbeitsstellen.

Helmut Harbich (CDU) legt dar, ihm sei zu Ohren gekommen, daß das MASSKS beabsichtige, das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" bis zum Jahr 2001 völlig abzubauen. Er frage, ob dies zutreffe.

Daran sei keineswegs gedacht, entgegnet **Ministerin Ilse Brusis**. Das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" sei für ihr Haus nach wie vor wichtig. Deshalb werde man es nicht völlig einstellen, solange die finanziellen Möglichkeiten zur Fortführung zur Verfügung stünden. Sie hoffe, daß dies weiterhin der Fall sein werde.

Sie unterstreiche noch einmal, daß ihr die Vermittlung von Sozialhilfeempfängern in Arbeit außerordentlich wichtig sei. Sie wolle deshalb kurz erwähnen, in welcher Weise die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Programmen außerhalb des Programms "Arbeit statt Sozialhilfe" angestiegen sei. 1995 seien es 2 717, 1996 4 589 und 1997 6 252 gewesen. Eine Zunahme sei insbesondere in den Qualifizierungsprogrammen zu verzeichnen. Man werde sich auch weiterhin bemühen, die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Qualifizierungsprogrammen zu steigern. Das heiße aber nicht, daß das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" völlig auslaufen solle.

Angelika Gemkow (CDU) meint, der Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger in den Programmen außerhalb des Programms "Arbeit statt Sozialhilfe" habe mit dem Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger insgesamt zu tun. Sie trete für die Erhaltung des Programms "Arbeit statt Sozialhilfe" auf dem bisherigen Niveau ein. Dies wäre ein unabdingbares Signal an die Träger, die sich tagtäglich der Mühe unterzögen, Sozialhilfeempfänger ins Erwerbsleben zu integrieren.

Ihr sei aus dem Ministerium signalisiert worden, daß angedacht gewesen sei, die Zuschüsse zu halbieren, um die Platzzahl zu halten. Dieser Denkansatz sei inzwischen aber wohl außen vor. Sie sei dankbar für den Hinweis der Ministerin, daß derzeit geprüft werde, inwieweit nicht ausgeschöpfte Mittel aus anderen Arbeitsmarktprogrammen eingesetzt werden könnten.

Daß das Thema "Jugend in Arbeit" auch Priorität habe, stehe völlig außer Frage. Hier gehe es nicht nur um Arbeitslosigkeit, sondern auch um mangelhafte Qualifizierung, um nicht vorhandene Schul- und Berufsabschlüsse. Allenthalben sei zu vernehmen, daß das Thema nicht vorhandener Schulabschluß mit dem Thema Jugendarbeitslosigkeit in hohem Maße korrespondiere.

Bekanntlich engagierten sich die Handwerkskammern und die Industrie- und Handelskammern sehr stark, was das Programm "Jugend in Arbeit" angehe. Dieses Engagement werde allerdings nicht gerade gefördert, wenn das Arbeitsamt aus Datenschutzgründen nicht die Adressen von in Frage kommenden Jugendlichen herausgebe, wenn Handwerkskammern und IHKs entsprechende Jugendliche anschreiben wollten, weil sie Vermittlungschancen sähen. So habe zum Beispiel der Metallarbeitgeberverband Bielefeld 50 Plätze bereitstellen wollen, habe aber nur zehn Plätze vermitteln können, weil ihm entsprechende Adressen nicht ausgehändigt worden seien.

Auch müsse angemerkt werden, daß sich das Handwerk im Rahmen des Programms "Jugend ins Handwerk" große Mühe gegeben habe, mit dem Ergebnis, daß viele junge Leute das Angebot nicht angenommen hätten, daß sie nicht einmal zu einem Beratungsgespräch erschienen seien. - Das alles müsse dazu veranlassen, sich die Frage zu stellen, welche Hemmnisse bestünden, und zwar sowohl in der Wirtschaft als auch bei den jungen Menschen.

Sie wäre dankbar, wenn das Ministerium für den Ausschuß eine Vorlage erstellte und das Thema in einer der nächsten Sitzungen noch einmal aufgegriffen würde.

Marianne Hürten (GRÜNE) schließt die Bitte an, für die nächste Sitzung eine Auflistung vorzulegen, aus der hervorgehe, in welchem Umfang Mittel aus dem Programm "Jugend in Arbeit" an die Wohlfahrtsverbände, Kammern usw. gegangen seien und im nächsten Jahr gehen sollten, um Beratung und Betreuung zu finanzieren.

Horst Vöge (SPD) merkt für die SPD-Fraktion an, daß die Beschlußfassung über die Mittel für das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" am 25. November anstehe. Er trete dafür ein, sich mit dem Gedanken einer betriebsnäheren Gestaltung des Programms zu befassen. Das wäre in der Tat eine inhaltliche Fortentwicklung, um zu verhindern, daß sich die Teilnehmer an dem Programm quasi unter einer Glaslocke bewegten.

Das Programm "Jugend in Arbeit" befinde sich erst in den Anfängen. Deshalb dürfe man seines Erachtens gewisse Schwierigkeiten, die noch bestünden, nicht dramatisieren und nicht von Fehlentwicklungen sprechen. Neben den genannten Schwierigkeiten dürfe nicht unerwähnt bleiben, daß es auch Akzeptanzprobleme in der Wirtschaft gebe, wobei er aus seiner Meinung keinen Hehl mache, daß Sozialtransfers keine Einbahnstraße seien, daß in diesem Falle also auch die Jugendlichen ihren Beitrag leisten müßten.

Er sei an einer Vorlage interessiert, in der die Entwicklung des Programms geschildert werde, um auf sich abzeichnende Fehlentwicklungen schon jetzt reagieren zu können.

Hermann-Josef Arentz (CDU) zeigt sich erfreut über die Anmerkung seines Vorredners, daß auch er der Auffassung sei, daß Sozialtransfers keine Einbahnstraße darstellten. Zumindest was die verbalen Bekundungen angehe, scheine man nicht sehr weit auseinander zu liegen.

Bei den Kürzungen in der Titelgruppe 72 gehe es nicht nur um Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für arbeitslose Sozialhilfeempfänger, sondern auch um eine 40%ige Minderung für die ergänzende Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Es sei bekannt, daß diese ergänzende Förderung vielfach die Voraussetzung sei, daß Träger überhaupt ABM durchführen und die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit in Anspruch nehmen könnten. Da der Haushaltsentwurf 1999 der Bundesregierung dafür den gleichen Betrag wie in diesem Jahr vorsehe, halte er die Kürzung der ergänzenden Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch das Land für kontraproduktiv.

Ministerin Ilse Brusis stellt, an Frau Gemkow gerichtet, fest, sie sehe durchaus die großen Schwierigkeiten, die in der Arbeitsmarktpolitik bezüglich der Gruppe der Sozialhilfeempfänger und der Gruppe der langzeitarbeitslosen Jugendlichen bestünden. Nicht zuletzt deshalb halte sie es für notwendig, daß die Maßnahmen des Programms "Arbeit statt Sozialhilfe" hinsichtlich ihrer Betriebsnähe überprüft würden, um zu einer dauerhaft höheren Vermittlungsquote von Sozialhilfeempfängern zu kommen. Im Augenblick würden entsprechende Erfahrungen aufgearbeitet, um zu erkennen, ob man an der einen oder anderen Stelle etwas umgestalten oder intensivieren könne. Es gehe darum, die Menschen dauerhaft in Arbeit zu bringen, und nicht darum, sie zwischendurch zu beschäftigen, um sie dann wieder der Arbeitslosigkeit anheimfallen zu lassen.

Die Ergebnisse des Programms "Jugend ins Handwerk" hätten die Landesregierung ermutigt, das Programm "Jugend in Arbeit" aufzulegen. Die Personengruppe sei außerordentlich schwierig. Deshalb müsse man in der Tat darüber reden, aus welchen Gründen sich bestimmte Jugendliche nicht ansprechen ließen und auf Angebote nicht reagierten, um ergänzende Maßnahmen einzuleiten. Zur Beantwortung all dieser Fragen seien in den Regionen runde Tische gebildet worden, an denen die in der Jugendarbeit Tätigen, die in der Wirtschaft Tätigen, diejenigen, die Stellen zur Verfügung stellten und die Qualifizierungsmaßnahmen durchführten, zusammenkämen, um darüber zu diskutieren. Ihres Erachtens sei das vor Ort sehr viel besser möglich als zentral. Sobald Erfahrungen vorlägen, werde man sie dem Ausschuß vortragen.

Zur Aufteilung der Finanzen, die Frau Hürten nachgefragt habe, wolle sie noch anmerken, daß endgültige Zahlen noch nicht genannt werden könnten, weil die Pauschalen erfolgsorientiert gezahlt würden. Wenn erfolgreich vermittelt worden sei, sei die Pauschale höher, als wenn ohne Erfolg beraten worden sei.

Ministerialdirigent Dr. Schäffer (Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport) berichtet, man führe mit dem Landesarbeitsamt regelmäßig Planungsgespräche - auch im Vorfeld von Haushaltsberatungen -, und dabei sei insbesondere die Frage der ergänzenden Förderung von ABM stets ein besonderes Thema. Dem MASSKS sei bei dieser Gelegenheit gesagt worden, daß ab 1999 - unter dem Vorbehalt der Entscheidungen der neuen Bundesregierung - eine Verschiebung der Aktivitäten weg von ABM hin zu Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen geplant sei, so daß der Finanzierungsbedarf für die ergänzende Förderung von ABM tendenziell als rückläufig eingeschätzt werde. Aufgrund einer geringeren Mittelinanspruchnahme habe sich bereits im laufenden Haushaltsjahr, was den Titel der frei verfügbaren disponiblen Mittel der örtlichen Arbeitsverwaltungen angehe, ein Finanzierungsspielraum ergeben, der Umschichtungen im Haushalt des Landesarbeitsamtes auch im nächsten Jahr möglich machen werde, so daß die Unterstützung des Landes bei der ergänzenden Förderung nicht so hoch ausfallen müsse.

Die Schlußfolgerung, die man gemeinsam mit dem Landesarbeitsamt gezogen habe, laute, daß es keine Einbrüche bei den Trägern geben, daß eine Finanzierungsmöglichkeit über die Arbeitsverwaltung möglich sein und daß man mit dem Haushaltsansatz hinkommen werde.

Was die Unterstützung von Beratungsinfrastrukturen angehe, die Frau Hürten angesprochen habe, so fördere man bei den Handwerkskammern und den Industrie- und Handelskammern sogenannte Koordinatoren, in der Regel nach BAT III. Es handele sich um 24 Koordinatoren, die dabei helfen sollten, systematisch Beschäftigungsmöglichkeiten in der Wirtschaft Nordrhein-Westfalens für langzeitarbeitslose Jugendliche zu finden. Diese Tätigkeit sei nicht auf die Jugendlichen, sondern auf die Wirtschaft ausgerichtet.

Bei dem, was Frau Ministerin Brusis angedeutet habe, handele es sich um eine Beratungspauschale. Für jeden beratenen und begleiteten Jugendlichen werde eine Beraterpauschale von maximal 2 000 DM gezahlt; im Erfolgsfalle sei die letzte Tranche dieser 2 000 DM ein halbes Jahr nach Abschluß der Maßnahme fällig, weil man erwarte, daß der Berater auch noch Beratungsleistungen über die eigentliche Beschäftigungszeit hinaus erbringe.

In den Planungen für den Haushalt 1999 seien 3 500 Beratungsfälle und 2 200 dadurch angebahnte Beschäftigungsverhältnisse zugrunde gelegt worden. Wenn man dies mit 2 000 multipliziere, ergebe sich der Ansatz, der für die Beratungspauschale zur Verfügung stehe. Wenn man die Aufwendungen für die Förderung der Koordinatoren hinzunehme, erhalte man den Etatansatz, der für flankierende Maßnahmen jenseits von Lohnkostenzuschüssen aufgewandt werden solle.

Auffällig ist für **Hermann-Josef Arentz (CDU)**, daß bei den Verpflichtungsermächtigungen noch stärker gestrichen werde als bei den Barmitteln. Die VE seien mehr als halbiert worden. Das veranlasse ihn zu der Frage, ob das MASSKS tatsächlich davon ausgehe, daß man die ergänzende Förderung im Prinzip überhaupt nicht mehr brauche; denn ausweislich der Seite 81 des Einzelplans 15 seien 10,1 Millionen DM durch Vorbelastungen aus den Vorjahren gebunden, so daß nur noch 4 Millionen DM für die Neubewilligung von 2 000 Förderfällen vorgesehen werden könnten. Damit sei eine Entwicklung vorgezeichnet, die noch stärker nach unten zeige, als dies der "nackte" Baransatz vermuten lasse. Im Prinzip sehe das nach einem Auslaufen der Position aus. Ihn interessiere, ob dies intendiert und auch mit dem Landesarbeitsamt besprochen sei, ohne daß eine Gefährdung der zu fördernden Projekte bestehe.

MD Dr. Schäffer (MASSKS) antwortet, es gebe keine Verabredung mit dem Landesarbeitsamt, diese Position landesseitig auf null zu stellen. Die Absenkungen hätten lediglich den von ihm geschilderten Grund.

Helmut Harbich (CDU) berichtet, er könne aus seinen örtlichen Erfahrungen die in dem Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege genannten Erfolge im Zusammenhang mit dem Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" nur bestätigen. Bei allem Respekt vor dem neu aufgelegten Programm "Jugend in Arbeit" müsse berücksichtigt werden, daß dieses eine andere Klientel anspreche. Beim Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" habe man es in der Regel mit Personen zu tun, die zunächst jede Qualifizierung ablehnten, bei denen es sogar äußerst schwierig sei, sie an die Arbeit zu bringen. Deshalb sei

es seines Erachtens notwendig, keine falschen Signale an die kommunalen Sozialhilfeträger zu senden und das Programm auf dem bisherigen Niveau zu bedienen.

Ministerin Ilse Brusis betont noch einmal, daß ihr das Programm wichtig sei und daß es fortgeführt werden solle, gerade um die von ihrem Vorredner geschilderte Personengruppe in der Arbeitsmarktpolitik zu erfassen. Allerdings sei mit dem geplanten Haushaltsansatz die Zahl derer, die man erfassen könne, sicherlich rückläufig.

Helmut Harbich (CDU) fragt noch, ob die von der Arbeitsgemeinschaft genannte Vermittlungsquote von 40 % zutreffe. Wäre dies der Fall, müßte es als großer Erfolg bezeichnet werden.

Ministerin Ilse Brusis meint, wenn die Arbeitsgemeinschaft dies schreibe, habe sie keinen Zweifel, daß es zutreffe.

Georg Gregull (CDU) erinnert daran, daß die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege vorschlage, das Modellprojekt "Soziale Wirtschaftsbetriebe", das in der **Titelgruppe 73** - Modellvorhaben Soziale Wirtschaftsbetriebe und sonstige Modellvorhaben - etatisiert sei, zugunsten anderer gezielter und effektiver Maßnahmen auslaufen zu lassen. Deshalb frage er, ob die Arbeitsgemeinschaft recht habe, wenn sie behaupte, daß das Programm Soziale Wirtschaftsbetriebe nicht in dem erhofften Maße Erfolge zeige.

Der Abgeordnete wendet sich sodann der **Titelgruppe 85** - Förderung von Werkstätten für Behinderte - zu. Hier bitte er um Auskunft, wie viele Plätze in diesem Bereich noch benötigt würden. Die Kürzung um fast 1,4 Millionen DM könnte vermuten lassen, daß sich alles auf gutem Wege befinde. Er habe allerdings Zweifel daran, wenn er an die Praxis denke.

Hermann-Josef Arentz (CDU) fügt an, die Arbeitsgemeinschaft argumentiere überdies, das Programm Soziale Wirtschaftsbetriebe sei, wenn überhaupt, besser beim Wirtschaftsminister aufgehoben, weil es sich um eine Art Existenzgründungsförderung handele. Auf Seite 36 des Erläuterungsbandes sei zu lesen, die Mittel seien weiterhin veranschlagt, um modellhaft innovative Konzepte und Lösungen in der Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik zu fördern; der Schwerpunkt liege auf integrativen Ansätzen. - Das sei dermaßen abgehoben und allgemein formuliert, daß sich die Frage stelle, was dahinter stecke. Man habe das schon des öfteren gefragt und nie Handfestes erfahren, außer daß vor Jahren einmal als besonders innovativer Betrieb irgendein genossenschaftlich organisiertes Bestattungsunternehmen dargestellt worden sei. Er bitte also erneut, das ein wenig zu konkretisieren; sonst entstehe der Verdacht, dieser Titel sei aus "koalitionären Gründen" eingerichtet worden.

Man könne nicht sagen, daß die sozialen Wirtschaftsbetriebe bisher nicht erfolgreich seien, äußert **Ministerin Ilse Brusi**. Sie würde sogar das Gegenteil behaupten: Die sozialen Wirtschaftsbetriebe, die in den vergangenen Jahren gegründet worden seien, hätten erfolgreich gearbeitet. Von den 28 gegründeten Betrieben hätten nur zwei aufgegeben.

Sie schließe sich nicht der Auffassung der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege an, daß es sich hierbei um eine Art Existenzförderung handele und deshalb der Wirtschaftsminister eher tangiert sei. Soziale Wirtschaftsbetriebe hätten eine spezielle Aufgabenstellung; sie sollten sich genau den Problemgruppen am Arbeitsmarkt zuwenden, mit denen man es in der Arbeitsmarktpolitik zu tun habe.

Man habe den Haushaltsansatz etwas zurückgenommen, weil man festgestellt habe, daß die Zahl der Anträge nicht mehr so groß sei wie in der Anfangsphase und die Anträge auch nicht mehr so qualifiziert seien, daß man mit gutem Gewissen sagen könne, darauf könne man sich einlassen, das werde Erfolg haben. Es werde in jedem Einzelfall sorgfältig geprüft, ob berechnete Hoffnung bestehe, daß sich ein solcher Betrieb nach einer Anfangsfinanzierung selbst tragen könne, und ob er die Zielsetzung erfülle, Problemgruppen am Arbeitsmarkt Beschäftigung zu bieten.

Aufgrund der Zahl der arbeitenden sozialen Wirtschaftsbetriebe und derer, die man im kommenden Jahr noch fördern werde, sei die Möglichkeit gegeben, den Evaluationsprozeß zu Ende zu führen, also nach einem bestimmten Zeitraum zu sagen, mit welchem Erfolg die sozialen Wirtschaftsbetriebe gearbeitet hätten und wie standfest sie auf Dauer seien. Anhand des Zwischenberichts könne man feststellen, in welcher Weise man bisher von einem erfolgreichen Arbeiten der sozialen Wirtschaftsbetriebe sprechen könne. Sollte dieser dem Ausschuß noch nicht vorliegen, werde sie ihn umgehend zur Verfügung stellen. Über den am Ende zu erstellenden Schlußbericht werde man sich sehr intensiv zu unterhalten haben, weil dieser Hinweise geben werde, wie auf diesem Feld weitergearbeitet werden könne. Man stelle jetzt schon fest, daß an der einen oder anderen Stelle Korrekturen vorgenommen werden müßten; insgesamt aber könne sie nur feststellen, daß es sich um ein gutes Programm handele.

Helmut Harbich (CDU) bittet darum, vor dem Hintergrund der Ausführungen der Ministerin die nach den Erläuterungen vorgesehenen Mittelansätze bis 2004 zu überprüfen.

MD Dr. Schäffer (MASSKS) kommt dann zu der Frage nach den Werkstätten für Behinderte: Dort habe man im Durchschnitt der letzten Jahre etwa 2 000 neue Stellen fördern können. Auch im kommenden Haushaltsjahr werde man in dieser Größenordnung fördern. Man hoffe, daß die anderen Finanziers ihren Anteil ein wenig erhöhten; darüber gebe es Gespräche.

Eine genaue Übersicht darüber, was in diesem Bereich wünschbar sei, existiere nicht. Man arbeite vorhandene Anträge ab und halte dies nach allen Rückmeldungen, die aus den Werkstätten für Behinderte dem Ministerium zügingen, für durchaus bedarfsgerecht. Es gebe keine Anhaltspunkte dafür, daß es Bedarfslücken oder nicht gedeckte Bedarfe in den Werkstätten für Behinderte gebe.

Marianne Hürten (GRÜNE) stellt zu den sozialen Wirtschaftsbetrieben fest, daß das Programm nach allen Informationen, die den GRÜNEN dazu zugegangen seien, als sehr erfolgreich gewertet werden müsse. Von daher bedauere man die für 1999 vorgesehene Kürzung. Ob und in welchem Umfang qualifizierte Anträge eingingen, hänge auch von Angebot und Nachfrage ab. Deshalb komme es darauf an, daß Träger und Initiatoren reagierten. Daneben halte sie es für erforderlich, noch mehr als bisher über das Programm zu informieren.

Aus welchen Gründen die Wohlfahrtsverbände eine so scharfe Kritik übten, sei ihr nicht nachvollziehbar. Die Argumentation in dem Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege entspreche weder dem, was Frau Ministerin Brusis ausgeführt habe, noch den Informationen, die den GRÜNEN vorlägen. Die Erfolgsquote der sozialen Wirtschaftsbetriebe sei sogar höher als die von über das Wirtschaftsministerium geförderten Existenzgründern, die im Vergleich zu anderen Bundesländern auch schon recht hoch sei.

Auch sie vertrete die Auffassung, daß das Programm im MASSKS richtig angesiedelt sei, weil es sich um eine Initiative für Problemgruppen am Arbeitsmarkt handele. Im übrigen erfordere es einen besonderen Betreuungsbedarf aufgrund der Tatsache, daß die Förderungsnehmer einer Problemgruppe angehörten.

Ministerin Ilse Brusis stellt klar, die Zahl der Anträge sei sicherlich nicht aufgrund der vorgesehenen leichten Kürzung zurückgegangen. Der Rückgang vor allem der Zahl der qualifizierten Anträge sei schon zu beobachten gewesen, bevor der Haushaltsplanentwurf veröffentlicht worden sei.

Mittel für Werbung stünden in diesem Programm in der Tat nicht zur Verfügung. Vielmehr sei man der Meinung gewesen, das Geld sollte besser in den Förderzweck selbst gesteckt werden. Im übrigen glaube sie, daß sich die sich mit dem Programm bietenden Möglichkeiten desto mehr herumsprächen, je mehr soziale Wirtschaftsbetriebe existierten. Sie sei jedenfalls überzeugt, daß mit den 1999 zur Verfügung stehenden leicht gekürzten Mitteln das Programm erfolgreich weitergeführt werden könne.

gez. Bodo Champignon

Vorsitzender

04.11.1998 / 04.11.1998

265